Landeshauptstadt Hannover

Beschluss-
drucksache

b

In den Stadtentwicklungs- und Bauausschuss
In den Verwaltungsausschuss
Nachrichtlich:
An die
Stadtbezirksräte 1 - 13

1. Neufassung

Nr. 2069/2007 N1

Anzahl der Anlagen 3

Zu TOP

BITTE AUFBEWAHREN - wird nicht noch einmal versandt

Nahverkehrsplan 2008/ Entwurf

Antrag,
der als Anlage ***1*** beigefügten Stellungnahme der Landeshauptstadt Hannover zum Entwurf des Nahverkehrsplanes 2008 der Region Hannover zuzustimmen.

Berücksichtigung von Gender-Aspekten
In der Stellungnahme zum Entwurf des Nahverkehrsplans wird die Integration des Gender-Mainstreaming Ansatzes berücksichtigt.

Kostentabelle
In der Stellungnahme zum Entwurf des Nahverkehrsplans wird unter den Rahmenbedingungen im dritten Absatz darauf hingewiesen, dass bei der Umsetzung der Maßnahmen der finanzielle Spielraum der Landeshauptstadt zu beachten ist.

Begründung des Antrages

1. Ausgangslage

Die Region Hannover ist für ihren Bereich Aufgabenträger des öffentlichen Personennahverkehrs inkl. SPNV i.S.d. § 4 Abs. 1 NNVG und stellt den dritten Nahverkehrsplan für ihren Bereich auf. Mit Beschlussfassung in der Regionsversammlung am 22. Mai 2007 hat das formale Mitwirkungs- und Beteiligungsverfahren für die Kommunen der Region Hannover begonnen. Die Landeshauptstadt Hannover muss bis zum 15.01.2008 eine Stellungnahme abgegeben haben. Die Stellungnahme der Behindertenbeauftragten ist in die Stellungnahme der Landeshauptstadt Hannover eingearbeitet worden.

Die Anhörung der Stadtbezirksräte zur Beschlussdrucksache Nr. 15-2069/2007 ist in den Stadtbezirksratssitzungen vom 05.09. bis zum 18.10.2007 erfolgt. Die 13 Stadtbezirksräte haben insgesamt 18 Anträge zur Verwaltungsdrucksache beschlossen. Die als Anlage 2 beigefügte Übersicht der beschlossenen Anträge enthält nur die Antragstexte; bzgl. der Begründungen wird auf die einzelnen Drucksachen verwiesen.

Die Verwaltung empfiehlt, den Anträgen teilweise zu folgen. Sie hat deshalb eine Neufassung der Beschlussdrucksache Nr. 15-2069/2007 erstellt. Die Ergänzungen in der Drucksache bzw. in der Anlage 1 sind kursiv dargestellt bzw. entfallende Texte durchgestrichen.

2. Bewertung der Anträge aus den Stadtbezirksräten, Änderung der Stellungnahme

2.1 Stadtbezirksrat Mitte

Änderungsantrag 15-2463/2007

In der Vorlage der Stadtverwaltung sollte hinzugefügt bzw. geändert werden:
1.
Kapitel A Der neue Nahverkehrsplan – Alles beim Alten?
2. Allgemeine Leitlinien und Ziele für die Entwicklung des ÖPNV in der Region Hannover
(S. 3)
Luftreinhalteplan, Auswirkungen aus dem Aktionsplan
3. Absatz
Den Potenzialen und der Bedeutung von Bike + Ride wird in diesen Passagen zu wenig Ausdruck beigemessen.

Die Stellungnahme ist in diesem Absatz um den Zusatz Bike + Ride ergänzt worden.
Bzgl. der Potenziale und der Bedeutung von Bike + Ride wird auf die Ergänzung unter Kapitel E V in der Stellungnahme verwiesen.

2.
Kapitel B Die Ausgangssituation – In diesem Rahmen bewegen wir uns
1.3 Gender Mainstreaming (S. 16) und
Kapitel E I Verkehrsübergreifende Themen
1. Gender Mainstreaming (S. 200)
Dem Themenkomplex „Gender Mainstreaming“ wird zu wenig Bedeutung beigemessen. Das diesbezügliche Kapitel gilt es zu überarbeiten.

Die Stellungnahme ist nicht verändert worden, weil eine umfassende und abschließende Stellungnahme der Arbeitsgemeinschaft der Gleichstellungsbeauftragten der Region Hannover im Rahmen der offiziellen Trägerbeteiligung geplant ist, sodass davon ausgegangen wird, dass der Themenkomplex „Gender Mainstreaming“ hinreichend Berücksichtigung findet.

3.
Kapitel B
2.7 Nachbarschaftliche Beziehungen (S. 23 und folgende)
Für den ÖPNV in der Region Hannover und darüber hinaus ist eine verbesserte Erreichbarkeit der Innenstadt für die Menschen, gerade unter Berücksichtigung des Luftreinhalteplan, anzustreben. Der ÖPNV endet für Hannover und Umland schon längst nicht mehr an den Stadt- bzw. Regionsgrenzen.

Die Verwaltung hat diesen Absatz in die Stellungnahme eingearbeitet.

4.
Kapitel D V Handlungsbedarf
An dieser Stelle ist ein Passus zu einer laufenden Überwachung der bedarfsgerechten Verkehrsanbindungen in Bezug auf die sich verändernden Ladenöffnungszeiten
aufzunehmen.

Die Verwaltung hat einen entsprechenden Passus in die Stellungnahme aufgenommen.

5.
Kapitel E I Verkehrsübergreifende Themen
3. Barrierefreier ÖPNV (S. 201)
Unter dem Punkt
*** Im Fahrgastfernsehen müssen Informationen über die aktuellen Behinderungen für die in der Mobilität eingeschränkten Fahrgäste (Ausfall oder Reparatur eines Aufzuges, Ausfall von Niederflurbussen mit Rampe an der Anschlusshaltestelle, usw.) gegeben werden***
wird hinzufügt, dass auch bei Ausfall von Fahrtreppen entsprechende Hinweise erfolgen. Dies ist insbesondere für SeniorInnen wichtig. Zudem sollte sowohl vor und in der Station Hauptbahnhof sowie vor und in der Station Aegidientorplatz auf die jeweiligen Umsteigebeziehungen der gegenüberstehenden Stadtbahnen hingewiesen werden, da hier eine bessere Umsteigebeziehung für Menschen mit Mobilitätseinschränkung gegeben ist.
Des weiteren ist zu prüfen, ob die EU-Richtlinie für die Beförderung von

RollstuhlfahrerInnen in Omnibussen hinsichtlich der Mitnahme von nur einem Fahrgast einer Änderung unterzogen werden kann.

Die Verwaltung hat diesen Absatz in die Stellungnahme eingearbeitet.

6.
Kapitel E III/Ausbaukonzept Stadtbahnstrecke D
Der Stadtbezirksrat Mitte unterstützt eine Wirtschaftlichkeitsprüfung zur Realisierung der D-Linie. Eine Optimierung und ein weiterer Ausbau des Stadtbahnnetzes ist begrüßenswert und im allgemeinen Interesse. Hierbei ist es sinnvoll, verschiedene Optionen in Betracht zu ziehen und gleichwertig zu prüfen, um sowohl aus Gesichtspunkten der Finanzierbarkeit als auch gemessen an den Mobilitätsbedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger eine sinnvolle Planungsgrundlage zu schaffen. Es sind daher ober- wie auch unterirdische Linienführungen gleichwertig auf Qualitätsverbesserung und Wirtschaftlichkeit für Fahrgäste und üstra zu untersuchen.

Die Verwaltung hat zur besseren Zielverdeutlichung diesen Absatz in modifizierter Form in die Stellungnahme übernommen.

7.
3. Stationen und Haltestellen
3.3.1 Abschluss des Nachrüstprogramms mit Aufzügen in Tunnelstationen (S.243)
Es ist zu berücksichtigen dass durch die DS 2219/2007 vom 12.09.2007 und dem Änderungsantrag zur DS des STBR 01 vom 19.09.07 eine Realisierung bereits eingeleitet ist.

Die Verwaltung hat die Stellungnahme entsprechend den Anmerkungen geändert. Die Drucksache befindet sich zur Zeit (Erstellung Neufassung DS 2069/2007) im Verfahren und ein Beschluss steht noch aus. Bei Abgabe der Stellungnahme gegenüber der Region wird der Sachstand aktualisiert.

3.3.2 Nachrüstprogramm für Hochbahnsteige (S. 244)
Zur Stadtbahnstrecke A-West, Haltestelle Schwarzer Bär / Benno-Ohnesorg-Brücke sei erwähnt, dass der Verkehrsausschuss der Region Hannover unter der Beschlussdrucksache II 401/2007 die Maßnahme am 30.05.2007 bereits beschlossen hat.

Die Verwaltung hat die Stellungnahme entsprechend den nachfolgenden Anmerkungen geringfügig geändert.
Der Verkehrsausschuss der Region hatte in seiner Sitzung am 31.05.2007 die Informationsdrucksache II-189/2007 (Strategie zur

Optimierung des Stadtbahnsystems der Region Hannover) auf der Tagesordnung, wo zum Thema Nachrüstung von Hochbahnsteigen die Haltestelle Schwarzer Bär für 2016 terminiert ist.
Am 17.07.2007 hat der Regionsausschuss dem Zusatzantrag zur Beschlussdrucksache II-329/2007 (Stadtbahnstrecke C-Ost: Hochbahnsteige Kantplatz und Uhlhornstraße – Planungsbeginn) zum Bau eines Hochbahnsteiges auf der Benno-Ohnesorg-Brücke zugestimmt und damit beschlossen, dass kurzfristig zusätzliche Planungsmittel für den Hochbahnsteig Schwarzer Bär und die im näheren Umfeld betroffenen Stadtbahnhaltestellen bereit gestellt werden sollen. Diesem Antrag wird mit der Beschlussdrucksache II 401/2007 entsprochen (Beschluss: Regionsausschuss 11.10.2007).

Für die bessere Erreichbarkeit der Menschen im Stadtbezirk Mitte, vor allem der mobilitätseingeschränkten Bürgerinnen und Bürger, sind folgende Haltestellen für das Nachrüstprogramm mit aufzunehmen:
Stadtbahnstrecke D-West Haltestelle Goetheplatz
Die Ausstattung der Haltestelle Goetheplatz mit einem Hochbahnsteig führt zu einer besseren Erreichbarkeit für Menschen mit Mobilitätseinschränkung und erhöht die Verkehrssicherheit für die SchülerInnen der BBS 8 und der Grundschule am Goetheplatz.
Stadtbahnstrecke D-West Haltestelle Humboldtstraße
Die Erreichbarkeit des Krankenhauses Friederikenstift ist besonders für Seniorinnen und Senioren und Menschen mit Mobilitätseinschränkungen wichtig.
Stadtbahnstrecke D-West Haltestelle Glocksee
Ein Hochbahnsteig an der Haltestelle Glocksee erhöht die Mobilität der Menschen aus dem Bereich südlich der Brühlstraße bis zur Braunstraße. Besonders den Menschen in den dort vorhandenen Seniorenheimen wird hierdurch zu einer größeren Mobilität verholfen.

Derzeit werden pro Jahr maximal zwei bis drei Hochbahnsteige gebaut. Die Forderung nach weiteren Hochbahnsteigen würde entweder zusätzliche Finanzmittel oder eine Verschiebung in der Prioritätensetzung erforderlich machen. Vor diesem Hintergrund sind die vom Stadtbezirksrat Mitte geforderten Hochbahnsteige nicht mit Priorität in die Stellungnahme übernommen worden, sondern unter: „Weiterer Bedarf wird zudem gesehen:“

8.
Zu Kapitel E IV Busverkehr – Angebot und Infrastruktur
Ergänzungen/Veränderungen des Busliniennetzes
Es ist mit aufzunehmen, dass eine Anbindung des Hauptbahnhofes mit der Altstadt mittels einer Verlängerung der Buslinie 120 vom Aegidientorplatz geprüft wird.

Die Verwaltung hat den Prüfauftrag in die Stellungnahme aufgenommen.

Einrichtung zusätzlicher Haltestellen
Es ist zu prüfen, im Bereich der Berliner Allee Höhe Volgersweg eine zusätzliche Haltstelle einzurichten.

Die Verwaltung hat den Prüfauftrag in die Stellungnahme aufgenommen.

9.
Zu Kapitel E V Park+Ride / Bike+Ride (S. 264)
Es ist in verstärktem Maße die Situation am Hauptbahnhof zu berücksichtigen. Die Einrichtung eines weiteren Fahrradparkhauses ist kurzfristig anzustreben, da die Situation an den Fahrradabstellmöglichkeiten auf dem Ernst-August-Platz, den Seiteneinbzw. Ausgängen zur Lister Meile und Fernroder Straße überlastet sind.

Die Verwaltung hat diesen Absatz in die Stellungnahme eingearbeitet.

2.2 Stadtbezirksrat Vahrenwald-List:

Zusatzantrag DS-Nr. 15-2450/2007 und
Zusatzantrag DS-Nr. 15-2479/2007 zum Zusatzantrag DS-Nr. 15-2450/2007

Der Stadtbezirksrat Vahrenwald-List hat in seiner Sitzung am 15.10.2007 in den beiden Zusatzanträgen die Errichtung von Wartehäuschen in Vahrenwald, Haltestelle Grabbestraße; in der List, Haltestelle Moltkeplatz (Ecke Voßstr./Ferdinand-Wallbrecht-Str.); in der List, Haltestelle Lister Kirchweg / Leibnizschule; in der List, Haltestelle Lister Kirchweg (Linie 133) gefordert.

Die Forderung nach der Errichtung von Wartehäuschen ist von einigen Stadtbezirksräten erhoben worden – teils pauschal für den Stadtteil während der Anhörung in der Stadtbezirksratssitzung wie in Döhren-Wülfel oder Linden-Limmer, teils konkret wie im Antrag des Stadtbezirksrates Vahrenwald-List.

Nach dem Entwurf des Nahverkehrsplanes 2008 (S.259) soll der Handlungsbedarf an allen Haltestellen ermittelt und eine Prioritätenreihung vorgenommen werden, und zwar anhand eines einheitlichen Bewertungssystems unter Berücksichtigung der jeweiligen Einsteigerzahlen und ergänzender Kriterien. Somit soll die Umsetzung

von Maßnahmen entsprechend dem tatsächlichen Bedarf sichergestellt werden. Diese Vorgehensweise wird sehr begrüßt, wenngleich diese Prioritätenreihung derzeit noch nicht vorliegt. Ziel muss jedoch sein, dass dort, wo ausreichend Platz für ein Wartehäuschen gegeben ist, auch eins errichtet wird.

In Verbindung mit der Forderung nach der Errichtung von Wartehäuschen sollte angestrebt werden, bei allen Wartehäuschen, wo die Möglichkeit besteht, auch die Fahrpläne mit einer Beleuchtung auszustatten, da die Fahrpläne bei Dunkelheit für die Benutzer oft nur schlecht lesbar sind.

2.3 Stadtbezirksrat Bothfeld-Vahrenheide

Der Stadtbezirksrat Bothfeld-Vahrenheide hat in seiner Sitzung am 17.10.2007 zwei Änderungsanträge beschlossen:

Änderungsantrag 15-2374/2007

Es wird gefordert, dass im Nachrüstungsprogramm für Hochbahnsteige folgende Umbaumaßnahmen für die Stadtbahnlinie 7 mit aufzunehmen sind: Bothfeld - Kirche, Bothfeld - Kurze-Kamp-Straße, Bothfeld - Friedhof und Fasanenkrug.

Derzeit werden pro Jahr maximal zwei bis drei Hochbahnsteige gebaut. Die Forderung nach weiteren Hochbahnsteigen würde entweder zusätzliche Finanzmittel oder eine Verschiebung in der Prioritätensetzung erforderlich machen. Vor diesem Hintergrund sind die vom Stadtbezirksrat Bothfeld-Vahrenheide geforderten Hochbahnsteige nicht mit Priorität in die Stellungnahme übernommen worden, sondern unter: „Weiterer Bedarf wird zudem gesehen:“

Änderungsantrag 15-2388/2007

Im Rahmen der Neugestaltung der Park + Ride-Anlage Lahe wird gefordert, eine größtmögliche Anzahl öffentlicher P+R-Stellplätze zu schaffen. Trotz der notwendigen Reduzierung der Kapazitäten - bedingt durch die Veräußerung des Bereichs der ehemaligen Umsteigeanlage und des westlichen Teils der P+R-Anlage Lahe - ist hierbei eine mögliche Höchstzahl von 250 öffentlichen P+R-Stellplätzen einzurichten.

Die Verwaltung hat die Forderung in die Stellungnahme nicht eingearbeitet.

Am neuen Endhaltepunkt Altwarmbüchen ist im Jahr 2006 eine neue P+R-Anlage entstanden. Aufgrund der guten Auslastung soll die Anlage 2008 bereits erweitert werden.
Mit Inbetriebnahme der P+R-Anlage Altwarmbüchen hat die Zahl der Nutzer der P+R-Anlage Lahe Beobachtungen zufolge erheblich abgenommen, sodass der Auslastungsgrad in Lahe gesunken ist. Für die P+R-Anlage Lahe sollte deshalb zunächst abgewartet werden, ob sich tatsächlich mit Einrichtung der Umweltzone ein steigender Bedarf abzeichnet, da im Zuge der Veräußerung und Bebauung zudem von einem Rückgang der Fremdnutzer auszugehen ist.

2.4 Stadtbezirksrat Buchholz-Kleefeld

Änderungsantrag 15-2374/2007

Der Stadtbezirksrat Buchholz-Kleefeld hat in seiner Sitzung am 18.10.2007 gefordert, dass die Region prüfen soll, ob es möglich und sinnvoll ist, an den im Kartenband des Entwurfes des Nahverkehrsplanes 2008 auf Seite 17.1 aufgeführten SPNV- Stationen - Bahnhof Kleefeld und Haltepunkt Karl-Wiechert-Allee - P+R-Parkplätze anzulegen.

Da in unmittelbarer Nähe des Bahnhofs Kleefeld keine geeigneten Flächen für einen P+R-Parkplatz zur Verfügung stehen, ist die Forderung nicht in die Stellungnahme übernommen worden. Die Verwaltung hat den Prüfauftrag für den Haltepunkt Karl-Wiechert-Allee in die Stellungnahme aufgenommen, und zwar vor dem Hintergrund, dass sich ggf. erhöhter Bedarf an P+R-Stellplätzen mit Einrichtung der Umweltzone abzeichnen könnte.

2.5 Stadtbezirksrat Misburg-Anderten

Der Stadtbezirksrat Misburg-Anderten hat in seiner Sitzung am 17.10.2007 sechs Änderungen zur Drucksache Nr. 15-2069/2007 gefordert.

Änderungsantrag 15-2500/2007 i.V.m. Änderungsantrag 15-2517/2007

Im Änderungsantrag wird gefordert, in der Stellungnahme eine Ergänzung durchzuführen, die mit Nachdruck auf die Notwendigkeit eines Park & Ride Parkplatzes sowohl an der Endhaltestelle der Linie 5 in Anderten als auch am Bahnhof Anderten-Misburg hinweist. Des

Weiteren wird ein Vorziehen der bereits angedachten Maßnahmen gefordert.

Änderungsantrag 15-2517/2007

Im Änderungsantrag 15-2517/2007 wird die Einrichtung eines Park & Ride Platzes an der Endhaltestelle der Linie 5 in Anderten gefordert.

Obwohl die Fläche am Bahnhof Anderten-Misburg die höchste Priorität hat, wird die Maßnahme erst in ca. 3-4 Jahren realisiert werden. Die Verwaltung nimmt die Forderung, dass eine Realisierung der P+R-Stellplätze am Bahnhof Anderten-Misburg möglichst kurzfristig erfolgen soll, in die Stellungnahme auf.

Die Forderung nach einem P+R-Parkplatz an der Endhaltestelle der Linie 5 in Anderten wird seitens der Verwaltung nicht in die Stellungnahme übergenommen, da keine geeigneten Flächen vorhanden sind.

Änderungsantrag 15-2518/2007

Der Stadtbezirksrat Misburg-Anderten fordert in diesem Änderungsantrag, dass im Kapitel
E IV „Busverkehr – Angebot und Infrastruktur“ mit aufgenommen wird, dass der Fahrtakt der Buslinie 125 zwischen Anderten und Misburg so erhöht wird, dass

1.) von Montag bis Freitag erst ab 21 Uhr die Fahrzeitabstände auf 30 Minuten
erhöht werden und
2.) am Samstag ab 8.15 Uhr die Fahrzeitabstände auf 20 Minuten reduziert und
erst ab 21.15 Uhr die Fahrzeitabstände auf 30 Minuten erhöht werden und
3.) an Sonn- und Feiertagen ab 8.26 Uhr die Fahrzeitabstände durchgehend bis
21.15 Uhr auf höchstens 30 Minuten festgelegt werden.

Die Verwaltung hat diese Forderung in die Stellungnahme eingearbeitet.

Änderungsantrag 15-2519/2007

Der Stadtbezirksrat Misburg-Anderten hat in seiner Sitzung am 17.10.2007 in einem Änderungsantrag gefordert, dass im Kapitel E I „Verkehrsübergreifende Themen“ mit aufgenommen wird, dass die

Fußgängerübergänge über Gleisanlagen im Gleisbereich barrierefrei gestaltet werden.

Die Verwaltung unterstützt die Forderung des Stadtbezirksrates und nimmt diese in die Stellungnahme auf, da es eigentlich selbstverständlich sein sollte, dass die Fußgängerübergänge über Gleisanlagen für mobilitätsbeeinträchtigte Menschen kein Hindernis darstellen.

Änderungsantrag 15-2520/2007

Der Stadtbezirksrat Misburg-Anderten hat in seiner Sitzung am 17.10.2007 in einem Änderungsantrag gefordert, dass im Kapitel E IV „Busverkehr – Angebot und Infrastruktur“ mit aufgenommen wird, dass an den Stadtbahnlinien, an denen sich besonders viele Einrichtungen oder Wohneinheiten für mobilitätseingeschränkte Menschen befinden, die Stadtbahn TW 2000 eingesetzt wird und bei dem Einsatz der zukünftig neuen Stadtbahnen diese Strecken ebenfalls vorrangig bedacht werden. Dieses gilt in besonderer Weise auch für die Linie 5.

Der Einsatz der Stadtbahn TW 2000 ist an bestimmte Randbedingungen geknüpft; z.B. müssen die Gleise einen größeren Achsabstand aufweisen. Unter den derzeitigen Bedingungen kann der TW 2000 noch nicht eingesetzt werden. Zudem gibt es auch noch nicht genug Fahrzeuge, sodass zwangsläufig nicht alle Strecken mit den neuen Stadtbahnen befahren werden können. Vor diesem Hintergrund hat die Verwaltung diese Forderung nicht in die Stellungnahme übernehmen können.

Änderungsantrag 15-2522/2007

Der Stadtbezirksrat Misburg-Anderten hat in seiner Sitzung am 17.10.2007 in einem Änderungsantrag gefordert, dass im Kapitel E IV „Busverkehr – Angebot und Infrastruktur“ mit aufgenommen wird, dass im Stadtbezirk Misburg-Anderten die Fahrzeiten in den Umsteigebereichen des Nahverkehrsnetzes von Bus, Stadtbahn und S-Bahn so aufeinander abgestimmt werden, dass die jeweiligen Anschlüsse von den Fahrgästen zeitnah erreicht werden können und unnötig lange Wartezeiten vermieden werden. Dieses gilt z.B. in besonderer Weise auch für den Umsteigebereich am Bahnhof Anderten-Misburg.

Die Verwaltung hat diese Forderung in die Stellungnahme übernommen.

2.6 Stadtbezirksrat Kirchrode-Bemerode-Wülferode

Der Stadtbezirksrat Kirchrode-Bemerode-Wülferode hat in seiner Sitzung am 12.09.2007 der Drucksache Nr. 15-2069/2007 ohne Änderung zugestimmt.

2.7 Stadtbezirksrat Südstadt-Bult

Änderungsantrag 15-2505/2007

Der Stadtbezirksrat Südstadt-Bult hat in seiner Sitzung am 17.10.2007 in einem Änderungsantrag gefordert, dass die Stellungnahme der Landeshauptstadt Hannover zum Entwurf des Nahverkehrsplans 2008 bezüglich Kapitel E III/Ausbaukonzept Stadtbahnstrecke D wie folgt zu ergänzen ist:

Aufgrund der schon eingetretenen und in Kürze anstehenden Nutzungsänderungen der einzelnen Quartiere in der hannoverschen Innenstadt ist es begrüßenswert, dass die Region Hannover die Trassenführung der Stadtbahnlinien 10 und 17 überplanen und optimieren will. Dabei sind ober- wie auch unterirdische Linienführungen gleichwertig auf Qualitätsverbesserung und Wirtschaftlichkeit für Fahrgäste und üstra zu betrachten.

Allerdings sollte vermieden werden, die Realisierung einer optimalen Innenstadtführung durch derzeit nicht finanzierbare und auf Akzeptanzprobleme in der Bevölkerung der Sallstraße stoßende Planungen zeitlich noch weiter zu verzögern. Insbesondere vor dem Hintergrund des derzeit zwar nicht optimalen, aber trotzdem guten Busangebotes im Abschnitt D-Ost/D-Süd, was sich an der Haltestellendichte und Fahrtenhäufigkeit im Bereich Marienstraße - Sallstraße - Bismarckbahnhof festmacht, sollte dieser Abschnitt zu einem späteren Zeitpunkt auf seine Umsetzbarkeit überprüft werden.

Die Verwaltung ist der Auffassung, dass die Untersuchungen zur D-Linie im Gesamtkontext zeitnah erfolgen sollten. Welche Schlussfolgerungen daraus zu ziehen sind, bleibt abzuwarten. Aus diesem Grund ist die Forderung des Stadtbezirksrates nicht in die Stellungnahme aufgenommen worden.

Im selben Änderungsantrag hat der Stadtbezirksrat Südstadt-Bult auch gefordert, dass die Stellungnahme der Landeshauptstadt Hannover zum Entwurf des Nahverkehrsplans 2008 bezüglich Kapitel E V/Bike & Ride wie folgt zu ändern ist:

Im letzten Satz sind nach dem Wort „Hauptbahnhof“ die Worte „und am Bahnhof Bismarckstraße“ einzufügen.

Die Verwaltung ist der Auffassung, dass die Forderung des Stadtbezirksrates unterstützungswürdig ist und hat den Punkt in die Stellungnahme aufgenommen.

2.8 Stadtbezirksrat Döhren-Wülfel

Der Stadtbezirksrat Döhren-Wülfel hat in seiner Sitzung am 06.09.2007 der Drucksache Nr. 15-2069/2007 ohne Änderung zugestimmt.

2.9 Stadtbezirksrat Ricklingen

Der Stadtbezirksrat Ricklingen hat in seiner Sitzung am 13.09.2007 zwei Anträge (keine Zusatz- oder Änderungsanträge zur Drucksache Nr. 15-2069/2007) beschlossen.

Antrag 15-2032/2007

Die Verwaltung wird beauftragt, im Rahmen des Beteiligungsverfahrens zum Nahverkehrsplan 2008 die Region Hannover aufzufordern, zeitnah in der Laufzeit des neuen Planes den vorhandenen aus den 70er Jahren des letzten Jahrhunderts stammenden Bahnhof Bornum zu einem attraktiven S-Bahn-Haltepunkt umzugestalten.

Die Verwaltung ist der Auffassung, dass diese Forderung des Stadtbezirksrates bereits in der Stellungnahme berücksichtigt worden ist, sodass diese nicht verändert wird.

Antrag 15-2034/2007

Die Verwaltung wird beauftragt, im Rahmen des Beteiligungsverfahrens zum Nahverkehrsplan 2008 die Region Hannover aufzufordern, in dem Plan Aussagen für eine Buserschließung des neuen Wohngebietes ‚In der Rehre / Süd’ zu treffen.

Die Verwaltung hat die Forderung in modifizierter Form in die Stellungnahme aufgenommen.

2.10 Stadtbezirksrat Linden-Limmer

Der Stadtbezirksrat Linden-Limmer hat in seiner Sitzung am 19.09.2007 der Drucksache Nr. 15-2069/2007 ohne Änderung zugestimmt.

2.11 Stadtbezirksrat Ahlem-Badenstedt-Davenstedt

Der Stadtbezirksrat Ahlem-Badenstedt-Davenstedt hat in seiner Sitzung am 18.10.2007 zwei Zusatzanträge beschlossen.

Zusatzantrag 15-2306/2007

Es wird gefordert, dass angestrebt werden soll, bei allen Wartehäuschen, in denen die Möglichkeit besteht, auch die Fahrpläne mit einer Beleuchtung auszustatten.

Die Verwaltung hat die Forderung in die Stellungnahme übernommen.

Zusatzantrag 15-2410/2007

Es wird gefordert, dass bzgl. der Linie 581 nach Mühlenberg für die morgendliche Spitzenstunde zu prüfen ist, inwieweit das Angebot verbessert werden kann (z. B. durch verstärkten Einsatz von Gelenkbussen), da die Linie im Schulverkehr genutzt wird und das Platzangebot derzeit erkennbar nicht ausreicht.
Die Verwaltung hat den Prüfauftrag in die Stellungnahme aufgenommen.

2.12 Stadtbezirksrat Herrenhausen-Stöcken

Änderungsantrag DS-Nr. 15-2235/2007

Der Stadtbezirksrat Herrenhausen-Stöcken hat in seiner Sitzung am 26.09.2007 in einem Änderungsantrag gefordert, dass bei der Planung der Stadtbahnhaltestelle „Leinhausen/Bahnhof“ im Rahmen der Nachrüstung von Hochbahnsteigen die Haltestelle um ca. 100 m in nördliche Richtung verlegt wird. Begründet wird die Forderung mit einer Verbesserung der Umsteigemöglichkeit zwischen Stadtbahn und S-Bahn.

Die Verwaltung hat die Forderung in modifizierter Form in die Stellungnahme eingearbeitet. Die Problematik der relativ langen Umsteigewege ist bekannt. Allerdings ist nach einer ersten Einschätzung ein Hochbahnsteig nördlich der Eisenbahnüberführung nur mit einer verkehrlich problematischen Reduzierung der Breite der

Fahrbahnen und/oder der Seitenanlagen möglich. Nachteilig ist auch der mit einer Verlegung entstehende ungleiche Abstand zu den benachbarten Haltestellen und der damit verbundenen Verschlechterung der Erschließung. Daher kann nach Auffassung der Verwaltung eine Verlegung nicht zwingend gefordert werden, sondern ist die Verlegung als eine Variante zu prüfen.

2.13 Stadtbezirksrat Nord

Der Stadtbezirksrat Nord hat in seiner Sitzung am 24.09.2007 der Drucksache Nr. 15-2069/2007 ohne Änderung zugestimmt.

61.5
Hannover / 26.11.2007